

Vermischtes

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **178 (2012)**

Heft 9

PDF erstellt am: **23.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Änderung der Verordnung über die Militärdienstpflicht

Mit klareren Vorschriften für die Bewilligung von freiwilligen Militärdienstleistungen und Militärdienstleistungen in der Militärverwaltung soll Missbräuchen beim Bezug von EO-Leistungen besser vorgebeugt werden. Systematische Kontrollen der Zentralen Ausgleichsstelle ZAS in Genf hatten im Dezember 2010 den Verdacht aufkommen lassen, dass die Militärverwaltung freiwillige Militärdienstleistungen teilweise zu grosszügig bewilligt hat. Der Chef VBS ordnete daher im Februar 2011 eine Administrativuntersuchung «Untersuchung freiwillige Dienstleistungen/Erwerbssatzzahlungen» an, welche einem verwaltungsexternen Untersuchungsbeauftragten übertragen wurde. Der Untersuchungsbeauftragte stellte verschiedene Schwachstellen und Unklarheiten in den Rechtsgrundlagen zu freiwilligen Militärdiensten sowie zu Militärdienstleistungen

in der Militärverwaltung fest und empfahl deren Präzisierung. Bei der freiwilligen Militärdienstleistung hat er in folgenden Bereichen Handlungsbedarf festgestellt: bei der Höchstdauer der freiwilligen Militärdienstleistung pro Jahr, bei der Bewilligungsstelle sowie bei der Dokumentation der Verfahren. Bei Militärdienstleistungen in der Militärverwaltung oder am Arbeitsplatz sei zu präzisieren, wann und unter welchen Umständen solche Einsätze zulässig seien. Zudem seien die Ausnahmep Praxis restriktiver zu handhaben und das Controlling zu verstärken. Mit neuen Regelungen sollen EO-Zahlungen nicht mehr zweckentfremdet werden können.

Geänderte Verordnung

Die Klarstellung und Verschärfung der geltenden Bestimmungen wird dazu führen, dass inskünftig weniger grosszügig freiwillige Militärdienst-

leistungen sowie Militärdienstleistungen in der Militärverwaltung bewilligt werden. Die somit künftig wegfallenden Militärdienstleistungen in der Militärverwaltung entsprechen etwa der Arbeitsleistung von rund 110 Vollzeitstellen. Soweit dieser Leistungsausfall nicht durch zusätzliches Personal kompensiert werden darf und nicht durch anderweitige Optimierungen aufgefangen werden kann, ist künftig der Verzicht auf gewisse Leistungen nicht auszuschliessen, so zum Beispiel bei Auftritten der Armee an Ausstellungen und Messen. Soweit freiwillige Dienstleistungen dazu verwendet wurden, VBS-intern Personalkosten zu reduzieren, entstand der Erwerbssatzkasse ein Schaden, indem ihr diese Personalkosten in Form von Erwerbssatzzahlungen belastet wurden. Auf Grund der Administrativuntersuchung wurde der Schaden vorläufig vom VBS und

EDI gemeinsam auf vier Millionen Franken festgelegt. Das VBS hat diese Summe Ende 2011 dem EDI/BSV überwiesen. Die Schlussabrechnung ist allerdings noch offen, weil noch weitere Tatbestände in Abklärung sind (wie z. B. Trainingslager und Wettkämpfe von Spitzensportlern im In- und Ausland, ausserdienstliche Tätigkeiten der Truppe für Kurs- und Wettkampftätigkeit, Dienstleistungen im Rahmen der Patrouille des Glaciers, usw.).

Weitere Massnahmen sollen noch 2012 im Rahmen einer Änderung der Verordnung über die ausserdienstliche Tätigkeit der Truppe sowie der Verordnung über den Einsatz militärischer Mittel für zivile und ausserdienstliche Tätigkeiten verabschiedet werden, in dem auch in diesen Bereichen die Regelungen so angepasst werden, dass die Erwerbssatzzahlungen nicht zweckentfremdet werden. *dk*

Der Bundesrat irritiert

Indem der Bundesrat am 25. April 2012 für 2015 als Eckwerte der Armee zwar die vom Parlament geforderten 100 000 AdA, aber nur ein Budget von 4,7 statt fünf Milliarden anpeilte, wovon mit jährlich 300 Millionen der Fonds für den Tiger-Teilersatz zu speisen sei, löste er eine Schockwelle aus, bis hin zu einem ausdrücklichen Tadel der Sicherheitskommission des Ständerates.

An der Generalversammlung des Vereins «Chance Schweiz» diskutierten am 5. Mai Fachleute und eidgenössische Parlamentarier über die «Weiterentwicklung der Armee im Spannungsfeld der Finanzen». Der lang geplante Anlass geriet in den Sog der unerwarteten bundesrätlichen Kehrtwende.

Zunächst trug der Chef des Armeestabes Fakten zusammen. Divisionär Aldo Schel-

lenberg befehlte sich aus Respekt vor dem Primat der Politik vorbildlicher Loyalität.



Von der Politik forderte er indes Ehrlichkeit und intellektuelle Redlichkeit. In der Schweiz musste bisher wegen der Armee noch niemand sparen. Da das VBS in den letzten Jahren ganze 900 bewilligte Rüstungsmillionen nicht in Anspruch nahm, steuerte es die Hälfte zu den guten Abschlüssen bei. Dabei baute es auf ein Versprechen des letzten Finanzministers, diese Kreditreste kämen dem Tiger-Teilersatz zugute.

Während die Budgets aller anderen Departemente kräftig anzogen und weiter wuchsen, schwand jenes des VBS von 1990 bis 2009 um 40 Prozent, und daran soll sich wenig ändern. Keiner Begründung bedarf die Einsicht, dass die von der Armee geforderten Leistungen mit der Anzahl ihrer An-

gehörigen und den Finanzen unauf löslich zusammenhängen und niemand an diesem Verhältnis beliebig schrauben kann. Inzwischen beginnen sich Teufelskreise zu drehen; so steigen die Unterhaltskosten rapide, wenn der gleiche Schützenpanzer im Jahr plötzlich sieben Truppenkursen dienen muss, zeitweise direkt von Einheit zu Einheit wandert. Solche Zuwächse sind natürlich nicht vorgesehen.

Hinzu kommt ein praktisches Planungsproblem: Der Planungsbeschluss des Parlamentes vom 29. September 2011 sah einen Bestand von 100 000 und ein Finanzvolumen von fünf Milliarden ab

2014 vor. Nun sollen es seit dem 25. April nur 4,7 Milliarden sein. Für die Botschaft zur Weiterentwicklung der Armee, die bis Ende 2012 vorliegen muss, im Konzept mithin schon Ende September, schafft das eine völlig neue Ausgangslage. Für das ausführliche Ausplanen von Varianten fehlt es – wen überrascht das? – an den Ressourcen.

Der Sicherheitsexperte und frühere freisinnige Nationalrat Paul Fäh ging das Thema ganz aus dem Blickwinkel der Finanzen an. Er ordnete die miteinander eng vernetzten Instrumente, von der Schuldenbremse, die das Ausgabenwachstum an das Brutto-In-

landprodukt koppelt, bis zum Ausgabenplafond, wie einzig einer für die Armee gilt, ihr jedoch nur wenig Handlungsfreiheit gewährt. Das Übertragen von Kreditresten könnte dazu gehören, doch untersagte der Bundesrat das für 2012; Versprechen des Vorgängers scheinen die Finanzministerin nicht zu kümmern. Zusätzlich belastet der früher zu einem guten Teil anderswo angesiedelte Nachrichtendienst des Bundes den Haushalt des VBS mit jährlich 24 Millionen Franken.

Wie Paul Fäh vermutete der Schwyzer Ständerat Alex Kuprecht (SVP), Vizepräsident der Sicherheitskommission, am 25.

April könnte schierer Departementegoismus den Bundesrat zum abrupten Wechsel bewegen haben. Mangeln könnte es der Bundesratsmehrheit nicht nur am Respekt vor dem Parlament, sondern auch an der sicherheitspolitischen Fachkompetenz.

Der grün-liberale Aargauer Nationalrat Beat Flach bekannte sich nachdrücklich zu Landesverteidigung und Milizarmee. Er verbindet mit dem Bundesratsentscheid vom 25. April Überraschung und Kopfschütteln.

Ein Teilnehmer der lebhaften Diskussion bezeichnete die Lage als «mörderisch». Dem ist nichts hinzuzufügen. *ET*

Evaluation einer neuen Aufklärungsdrohne

Die Schweizer Armee setzt gegenwärtig mit der Aufklärungsdrohne 95 (ADS 95) ein unbemanntes und unbewaffnetes Aufklärungssystem ein, welches in den nächsten Jahren an das Ende seiner Nutzungsdauer gelangt. Neben seinen Einsätzen zugunsten der Armee leistet es ebenfalls wertvolle Dienste zuhanden von zivilen Sicherheitsbehörden wie zum Beispiel dem Grenzwachkorps oder der Polizei.

armasuisse, das Kompetenzzentrum für die Beschaffung

von komplexen Systemen für die Schweizer Armee, hat deshalb Mitte 2011 vom Armeestab den Auftrag erhalten, ein neues Drohnensystem zu evaluieren und eine Beschaffung für das Rüstungsprogramm 2015 vorzubereiten. Aufgrund der Evaluationskriterien und -ergebnisse blieben von ursprünglich neun Herstellern deren zwei im Rennen. Die beiden israelischen Hersteller Israel Aerospace Industries LTD (IAI) und Elbit Systems (Elbit) haben nun von armasuisse den

Auftrag erhalten, bis August 2012 eine detaillierte Offerte einzureichen. Die verbliebenen Systeme Hermes 900 (Elbit) und Heron 1 (IAI) werden im Rahmen einer fliegerischen Evaluation in der zweiten Jahreshälfte 2012 in der Schweiz durch ein Projektteam von Spezialisten der Luftwaffe und von armasuisse getestet. Das neue Drohnensystem besteht aus unbemannten, unbewaffneten Flugzeugen, mit leistungsfähigen Sensoren, sowie den notwendigen Stationen für die

Steuerung der Systeme durch Operateure am Boden. Das VBS verspricht sich vom neuen Drohnensystem Allwettertauglichkeit, flexiblere Einsatzmöglichkeiten, grössere Reichweite, kleinere Lärmemissionen und tiefere Lebenswegkosten. Eingesetzt wird das neue System durch die Schweizer Luftwaffe. Die Typenwahl ist für die erste Hälfte 2014 vorgesehen. *dk*

Strategie zur Integrierten Grenzverwaltung liegt vor

Der Bundesrat hat die Strategie der «Integrierten Grenzverwaltung» verabschiedet, welche Bund und Kantone gemeinsam erarbeitet haben. Die Strategie bildet das Dach über allen Aktivitäten von Bund und Kantonen zur Bekämpfung der illegalen Migration, des gewerbsmässigen Menschenschuggels und der grenzüberschreitenden Kriminalität. Gleichzeitig sorgt sie dafür, dass legale Einreisen

möglichst reibungslos erfolgen. Eine Arbeitsgruppe stellt nun einen Aktionsplan mit konkreten Massnahmen.

Illegale Migration, gewerbsmässiger Menschenschuggel und grenzüberschreitende Kriminalität stellen die Behörden des Bundes und der Kantone vor grosse Herausforderungen. Die erfolgreiche Bekämpfung erfordert eine intensive Zusammenarbeit und Koordination über die jeweiligen Zu-

ständigkeitsbereiche hinaus. Mit der verabschiedeten Strategie der «Integrierten Grenzverwaltung» wird sichergestellt, dass die verschiedenen Behörden des Bundes und der Kantone künftig noch enger zusammenarbeiten. Dadurch wird die innere Sicherheit erhöht. Zudem werden die vorhandenen Ressourcen effizienter und zielgerichteter eingesetzt, und auch die Reaktionsgeschwindigkeit wird erhöht.

Schwerpunkte setzt die Strategie bei der Verbesserung des Informationsaustauschs, der Lageanalyse sowie bei der Optimierung und Harmonisierung von Ausbildung, Ausrüstung und Infrastrukturen. Weiter wird die Kooperation auf internationaler Ebene und mit nichtstaatlichen Akteuren verbessert. Erste Resultate der Arbeitsgruppe sind bis Ende 2013 zu erwarten. *dk*

Generalversammlung der Offiziersgesellschaft Winterthur und Umgebung

An der Generalversammlung der Offiziersgesellschaft Winterthur und Umgebung ist nach drei Jahren Eugen Thomann als Präsident unter viel Applaus verabschiedet worden. Einstimmig und mit Akklamation wurde Jan Baumgartner zu seinem Nachfolger gewählt. Die über 500 Mitglieder zählende Gesellschaft verfügt über einen stabilen Mitgliederbestand. Im vergangenen Geschäftsjahr wurden 15 Schiess-

und Vortragsanlässe durchgeführt. Neu ins Programm aufgenommen worden ist die Teilnahme am Basel Tattoo. Einmal mehr fand die mittlerweile weit über Winterthur hinaus bekannt gewordene «Lange Nacht der jungen Offiziere» grossen Anklang. Auch für die Familienangehörigen der OG-Mitglieder wird gesorgt. Der traditionell am 1. Mai stattfindende Familienanlass fand diesmal auf dem Rhein und in Eglisau statt.

Das Gastreferat an der Generalversammlung hielt der Zürcher Sicherheitsdirektor Regierungsrat Mario Fehr (SP). In seinen Ausführungen stellte er die vielfältigen Aufgaben seiner Ämter vor. Neben der Kantonspolizei und dem Amt für Militär und Zivilschutz ist bei ihm auch das Soziale angegliedert. Der Kanton Zürich sei ein Militärkanton, führte er aus und unterstrich die Wichtigkeit Zürichs

für die Armee mit ein paar Zahlen: Ein Fünftel der Armeeangehörigen sind aus dem Kanton Zürich. Sowohl der amtierende VBS Vorsteher und der Chef der Armee sowie weitere Höhere Stabsoffiziere stammen aus dem Kanton Zürich. Sodann ist der Kanton Göttri von 12 Bataillonen und Abteilungen. Jedes Jahr lädt der Regierungsrat zudem die jungen Zugführer zu einem speziellen Anlass ein. *dk*

Lagebericht 2012 des Nachrichtendienstes des Bundes

Seit 2011 benützt der Nachrichtendienst des Bundes NDB für die Darstellung der für die Schweiz relevanten Bedrohungen das Instrument des Lage radars. Mit diesem klassifizierten Instrument wird mittels einer Grafik übersichtlich dargestellt, welche Bedrohungen für die Sicherheit der Schweiz

aus Sicht des NDB und weiterer Stellen (Nachrichtenverbund Schweiz) aktuell sind oder sich in näherer oder ferner Zukunft akzentuieren könnten. Das strategische Umfeld der Schweiz hat sich in der Berichtsperiode verändert. So haben die Schuldenkrise in Europa und der «Arabische Frühling»

auch Einfluss auf die Sicherheit der Schweiz. Proliferation und Spionage sowie Terrorismus und Angriffe auf Informationsinfrastrukturen sind weiterhin die grössten potenziellen Bedrohungen für die Schweiz. Obschon das Gewaltpotenzial beim Linksextremismus weiterhin als hoch eingestuft wird und

der Rechtsextremismus durch die Anschläge in Norwegen und die Aufdeckung der Zwickauer Zelle in Deutschland mediale Schlagzeilen machten, stuft der NDB den Gewaltextremismus in der Schweiz nicht als staatsgefährdend ein. *dk*

Mehr unter www.ndb.admin.ch

SOG in den Kampfanzug!

Die Kantonale Offiziersgesellschaft Schaffhausen tagte am 4. Mai auf Hohenklingen und stellte ihre Generalversammlung unter das Motto «bewahren – fördern – weiter entwickeln». Major Harald Jenny, dem die kantonale Sicherheitsdirektorin Rosmarie Widmer Gysel schon in ihrem Grusswort dafür dankte, dass er die KOG für Junge stärker geöffnet hat, trat das Präsidium an Major i Gst Rico Randegger ab, derweil sein Vorgänger Major Peter Fischli turnusgemäss aus dem Vorstand schied.

Oberst i Gst Michel Kenel, Kommandant MIKA (Management-, Informations- und Kommunikationsausbildung) erläuterte als erster Gastreferent, welchen Mehrwert die militärische Führungsausbil-

dung für Gemeindeführungstäbe verkörpert.

Nationalrat Thomas Hurter schnitt die Frage «Gripen – Quo vadis?» an und betonte eingangs, während selbst in Europa Instabilität herrsche, gehe es auf keinen Fall an, die Armee zu vernachlässigen, ihr das erforderliche Luftkampfmittel zu verweigern. Indes gilt es auch, kritisch zu überlegen, wie unsere Flottenpolitik aussehen soll und wie wir Evaluationsverfahren rascher abwickeln.

Als neuer Präsident überbrachte Brigadier Denis Froidevaux den Gruss der SOG und er verband damit eine starke Botschaft auch politischer Natur. Die Sicherheit bildet eine der wichtigsten Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte. Trotzdem scheint



sie aus der Politik verschwunden zu sein. Da bleibt den Offizieren nichts anders übrig, als sich subsidiär selber aktiv für die Sicherheit einzusetzen. Die SOG will niemanden bekämpfen, sondern konstruktiv eintreten für die Milizarmee – und zwar für eine funktionsfähige Milizarmee. Was der

Bundesrat am 25. April 2012 angeht, öffnet die Schere zwischen dem Leistungsprofil und den Mitteln noch weiter, verhindert das Beheben der während der letzten Jahre schleichend in Kauf genommenen Mängel und zwingt das norleidende Gesamtsystem Armee zum Sparen für die Luftwaffe. Das geht ebenso wenig an wie das unerträgliche Ausspielen von einzelnen Bundesaufgaben gegen einander. Wenn für die dringend benötigten 100 000 Angehörigen der Armee ein Budget von gerade mal 4,4 Milliarden zur Verfügung steht, gerät die einzige Sicherheitsreserve unseres Landes in ernsthafte Gefahr. Aufgerufen sind die Bürgeroffiziere aller Grade und jeglichen Alters zum sicherheitspolitischen Engagement ohne politischen Zwist. *ET*